Die Akzeptanz des gesellschaftlichen Systems in der Bundesrepublik

Zusammentreffen verschiedener Faktoren:

- innenpolitische **Stabilität** durch eher konservative Politik,
- außenpolitische Stabilität durch enge Anlehnung an den Westen und fortschreitende Westintegration,
- hohes wirtschaftliches **Wachstum** und Exportboom ("Wirtschaftswunder"),
- Anstieg der **Sozialleistungen**, Lastenausgleich, Rentenformel,
- gesellschaftlicher **Grundkonsens**, den Wiederaufbau zu bewältigen und die Heimatvertriebenen einzugliedern.

Innenpolitische Stabilität

- Das Grundgesetz sieht eine starke **Stellung des Kanzlers** in der Politik vor.
 - Adenauer selbst als Persönlichkeit Garant für konfliktfreie, ruhige Entwicklung bei dem im Grunde konservativen Bürgertum ("Keine Experimente" als Wahlslogan der CDU).
- Die **Gewerkschaften** verzichteten auf eine Konfrontationspolitik und gaben statt dessen dem Wiederaufbau Vorrang.

Außenpolitische Orientierung

Westintegration mit Sicherheit sowohl vor einer Instabilität verursachenden "Schaukelpolitik" zwischen West und Ost als auch vor sowjetischen Absichten, Deutschland zu neutralisieren.

Wiedervereinigung nur durch die Geschlossenheit des Westens möglich, die die Sowjetunion, durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in ihrem eigenen Bereich, zu einer Änderung ihrer Deutschlandpolitik bringen konnte.

Politische Stabilität verstärkte auch den **Rückhalt** der Bundesregierung **bei den Westmächten**, der schnell weitere Zugeständnisse und Erleichterungen mit sich brachte.

Wirtschaft

Konzept der **Sozialen Marktwirtschaft** verwirklichte einen dritten Weg zwischen dem "klassischen" Wirtschaftsliberalismus und den dirigistischen Konzepten des Sozialismus.

- Marshallplanhilfe und die schnelle Beendigung der Demontagen lassen die deutsche Industrie schnell wieder auf hohem Niveau produzieren.
- Exportboom im Gefolge des Korea-Kriegs,
- Vollbeschäftigung.
- Wohnungsbau, ergänzt durch staatliche Subventionen bei der Kapitalbildung (erstes Wohnungsbaugesetz 1950)

Soziale Errungenschaften

Weiterentwicklung des Sozialstaats:

- Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie 1951,
- Lastenausgleichsgesetz 1952,
- Betriebsverfassungsgesetz 1952,
- Einführung des Kindergelds als Teil des Familienlastenausgleichs 1954.
- Reform der Rente: "Dynamische Rente" nach dem "Generationenvertrag" 1957.

Grundkonsens in der Gesellschaft des Bundesrepublik:

Überwindung der Nachkriegszeit durch erhöhte Leistungen:

zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften,

Neutralisierung von Konfliktfeldern:

wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Heimatvertriebenen,

Lastenausgleichsgesetz,

Integration der Spätheimkehrer, der Opfer des Nationalsozialismus, der Flüchtlinge aus der DDR - und schließlich der ehemals aktiven NS-Anhänger.

Einführung fundamentaler Mitbestimmungsrechte.

Insgesamt gesehen ist es das beispiellose Wirtschaftswachstum, verbunden mit der Stabilität der Kanzlerdemokratie und dem Fortschritt in den sozialen Leistungen des Staates, was zu einer hohen Akzeptanz der politischen Ordnung und der Westintegration in der Bevölkerung führte. Bei der Bundestagswahl 1957 erhielten CDU und CSU zusammen mit 50,2 % der Stimmen die absolute Mehrheit.

© Bühler 2000